

Kreistagsfraktionfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

17.2.2013

Anfrage zur Finanzausschusssitzung am 28.2.2013

Sehr geehrter Herr Landrat,

aus Kostengründen, aber auch um Papier zu sparen, stellen immer mehr Kommunen ihr Informationssystem auf papierlose Form um.

Statt Unmengen von Papier erhalten die Kreistags-/Ratsmitglieder Vorlagen, Niederschriften und andere Dokumente nur noch in digitaler Form und benutzen in den Sitzungen Tablet-PCs oder Laptops (siehe Artikel aus Kommune 21 als Anlage).

In diesem Zusammenhang bitten wir die Kreisverwaltung zur Finanzausschusssitzung am 28.2.2013 folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Welche Bereitstellungskosten für die Vorlagen (insbesondere Personal- und Druckkosten, Papierkosten, Porto) könnten jährlich bei einer konsequenten Umstellung auf digitale Form von Unterlagen im Kreishaushalt eingespart werden?
- 2) Wie viel Papier könnte jährlich nach einer Umstellung eingespart werden?

Mit freundlichem Gruß



Helmut Schäfer

Anlagen

Kommune 21 9/2012

iPads für Illingen

[27.8.2012] Durch den Einsatz von iPads im Gemeinderat ist die Kommunikation in Illingen einfacher und schneller geworden. Doch das ist nur der Anfang. Ziel ist die App-Kommune mit größtmöglicher Vernetzung, einfacher politischer Tagesarbeit und hoher Transparenz.



Anfangs waren es nur die Fraktionsvorsitzenden, die Beigeordneten und der Bürgermeister, die das Experiment iPad-Sitzungsdienst wagten, doch sehr schnell fand der gesamte Gemeinderat im saarländischen Illingen Gefallen an dieser Form der mobilen Kommunikation. Statt tonnenweise Papier zu schleppen, zu stapeln und zu archivieren, statt sich über schlecht kopierte Vorlagen zu ärgern, setzen die Lokalpolitiker auf Tablet-PCs und Vernetzung. Von einem Paradigmenwechsel spricht der Erste Beigeordnete Christian Petry, von einer kleinen Revolution der grüne Beigeordnete Hans Peter Metzinger, von einem notwendigen Schritt der CDU-Fraktionsvorsitzende Alfons Vogtel. Es gebe keinen Grund, warum die Politik antiquiertes Arbeitsgerät nutzen solle, wenn Wirtschaft und Institutionen wie selbstverständlich auf neue Technik setzten.

Tauglichkeit prüfen

Voraussetzung für das Experiment war zum einen die überparteiliche Übereinkunft von CDU, SPD, Linken, FDP und Grünen, auf Papierunterlagen zu verzichten und konsequent das Ratsinformationssystem ALLRIS zu nutzen und zum anderen die Verständigung darauf, die Beschaffung der iPads nicht an die große Glocke zu hängen, um keine Debatte über Sinn und Unsinn einer Tablet-PC-Nutzung zu provozieren. Denn zunächst sollte die Tauglichkeit des Systems getestet werden.

Ressourcen schonen

Der Einsatz von Notebooks war zwar bei einem Teil der Ratsmitglieder Standard, doch erwiesen sich die Geräte im praktischen Einsatz als sperrig und schwer. Die Freude am Einsatz der Laptops für Sitzungen wurde zudem durch kurze Akkulaufzeiten und Verbindungsprobleme getrübt. Ein Erfahrungsbericht zum Kongress Moderner Staat im Ältestenrat war die Initialzündung für ein Modernisierungskonzept. Dabei wurden vor allem die Erfahrungsberichte in der Zeitschrift Kommune21 genutzt. Als wichtigste Argumente wurden die Einsparung von Papier und die Chancen einer optimierten Kommunikation angeführt. Der Gemeinderat hat 33 Mitglieder, die Ausschüsse bis zu 13 Mitglieder. Bei 12 Gemeinderats- und 40 Ausschusssitzungen pro Jahr werden in einer Wahlperiode rund 150.000 Blatt Papier für Vorlagen benötigt – Testdrucke, Fehlkopien und Dubletten nicht eingerechnet. Da Illingen als eine von zwei saarländischen Kommunen nach dem europäischen EMAS-Standard (Eco-Management and Audit Scheme) zertifiziert ist, erwies sich das Argument der Ressourcenschonung als besonders schlagkräftig.

Herausforderungen meistern

Das Projekt stellte für den Illinger Gemeinderat und die Verwaltung in jeder Hinsicht eine große Herausforderung dar, zumal auch iPad-Novizen als Pilotanwender fungieren wollten. Gefordert war insbesondere die IT-Abteilung im Rathaus. „Aufgrund einer gewissen Scheu vor Veränderungen hatten viele Gemeinderatsmitglieder auch nach Einführung des Sitzungsdienstprogramms ALLRIS Papiervorlagen vorgezogen“, erzählt Elmar Meiser, Fachbereichsleiter Zentrale Dienste. Sein Stellvertreter Ralf Schreiner, der gleichzeitig IT-Chef ist, hatte mehrfach versucht, die Ratsmitglieder für papierlose Sitzungen zu begeistern, war aber immer wieder auf Widerstände gestoßen. Mit klassischen Notebooks war dies offensichtlich keine attraktive Alternative. Mit iPad und Apps sollte sich das ändern.

Konsequenter Papierverzicht

Meinungsführer wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Guido Jost, der CDU-Fraktionschef und langjährige Landtagsvizepräsident im Saarland Alfons Vogtel sowie der langjährige FDP-Landtagsabgeordnete Karl-Josef Jochem testeten im Echtbetrieb, ob der Umstieg auf digitale Unterlagen mit iPads möglich ist. Und: Die Pilotanwender blieben beim Papierverzicht konsequent und ließen sich auch von kleinen Programmfehlern, von Netzzugangshürden und Passwörtern nicht von ihrem Kurs abbringen. Der Test verlief sehr viel besser als erwartet und motivierte auch die übrigen Ratsmitglieder, dem Verzicht auf Papiervorlagen schriftlich zuzustimmen. Das war die Voraussetzung dafür, mobile Geräte für den Gemeinderat anzuschaffen. Die Ratsmitglieder müssen lediglich eine Vereinbarung unterschreiben. Einschränkungen gibt es keine. Dafür verzichteten die Politiker auf einen Teil ihrer Aufwandsentschädigung. Mit dieser Regelung, die einstimmig abgesegnet wurde, sollte all jenen in der Öffentlichkeit der Wind aus den Segeln genommen werden, die eventuell Neiddebatten lostreten wollten.

Paradigmenwechsel gelungen

Dass der Paradigmenwechsel gelungen ist, lässt sich schon nach wenigen Monaten sagen. Die Kommunikation ist einfacher und schneller geworden – und das nicht nur zwischen Rat und Fraktionen, sondern auch mit Ausschussexperten und Externen. „Man kann tatsächlich effizienter arbeiten“, stellt der Beigeordnete Gerhard Meiser (SPD) fest. Die Meinungsführer aus den Fraktionen sind ebenfalls begeistert.

Den ersten Erfahrungen nach zu urteilen, erlauben mobile Geräte dem Gemeinderat ein einfacheres, wirtschaftlicheres, effizienteres, effektiveres, kommunikativeres und zeitgemäßerer Arbeiten. Zum ersten Mal hat ein IT-System nicht zusätzlich Papier produziert, sondern tatsächlich eingespart. Selbst kurzfristig einberufene Sitzungen können ohne Materialschlacht bewältigt werden. Der Einsatz von Tablet-PCs ist also kein Luxus, sondern Stand der Technik und allgemein zu empfehlen. Insbesondere im Bau- und im Finanzausschuss, wo mit umfangreichen Tabellen, Plänen, Grafiken und Charts gearbeitet wird, schätzt man die Vorteile der Digitalisierung. Und dabei wird bislang erst ein Bruchteil der Möglichkeiten, die ein Tablet-PC bietet, genutzt.

App-Kommune als Ziel

Ziel ist die App-Kommune der Zukunft mit größtmöglicher Vernetzung, einfacher politischer Tagesarbeit und hoher Transparenz. Der Anfang ist gemacht. Jetzt folgt die Komplett-Digitalisierung mit Unterstützung des integrativen kommunalen Betriebs DSI. Der nächste Schritt soll die Vereinfachung und Standardisierung von Verwaltungsabläufen sein. Eine landesweite App pro Anwendung und keine zehn Software-Varianten mehr – so lautet ein Ziel, dem sich die Illinger verschrieben haben. Zu diesem Zweck haben sich die Kommunen im Landkreis Neunkirchen darauf verständigt, alle angewandten Verwaltungs- und Sitzungsprogramme zu dokumentieren. Ziel ist eine kreisweite Harmonisierung.

Dr. Armin König ist Bürgermeister der Gemeinde Illingen (Saar).

Kommune 21 6/2011

Mit Laptop zur Sitzung

[6.6.2011] Mit dem Einsatz von Ratsinformationssystemen wollen Städte, Kreise und Gemeinden nicht nur Kosten senken. Verwaltung, Bürger und politische Vertreter sollen auch von beschleunigten Abläufen und umfassenderen Informationen profitieren.



Die virtuelle Ratsarbeit hält in immer mehr Kommunen Einzug. Kein Wunder, ermöglichen Ratsinformationssysteme (RIS) doch eine effizientere Vorbereitung auf Sitzungen und sorgen für mehr Transparenz gegenüber den Bürgern. Zudem können Kommunen mit der virtuellen Ratsarbeit Kosten senken und Papierberge reduzieren.

ren.

Dass ein RIS dazu beitragen kann, den Arbeitsalltag von Gremienmitgliedern zu erleichtern, kann Michael Zöllkau, bei der mecklenburg-vorpommerischen Stadt Bad Doberan verantwortlich für EDV und Controlling, bestätigen. Die Stadt hatte sich im Jahr 2006 für die Einführung der Sitzungsmanagement-Lösung Session von Anbieter Somacos entschieden, weil es für die Verwaltung nicht mehr praktikabel war, Beschlussvorlagen, Einladungen und Niederschriften sowie Listen und Übersichten lediglich mit Standardhilfsmitteln wie Textverarbeitungs- oder Tabellenkalkulationsprogrammen zu erstellen. „Die bisherigen Erfahrungen sind durchweg positiv“, so Michael Zöllkau, „Die Arbeitsabläufe haben sich erheblich verändert und erleichtert. Auch die Recherchemöglichkeiten sind in dieser Form erst durch das RIS geschaffen worden.“

Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen: Besser strukturiert

Auf langjährige Erfahrungen bei der Nutzung von Sitzungsmanagement-Anwendungen kann auch der Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen zurückblicken. Hier erfolgt der komplette Sitzungsdienst seit Juni 2004 über das Ratsinformationssystem ALLRIS von Anbieter CC e-gov. „Für mich ist das RIS die Basis für fundiertes politisches Arbeiten“, sagt etwa Kreistagsmitglied und dritter Landrat von Bad Tölz-Wolfratshausen, Klaus Koch. „Da alle Beschlüsse bis zurück ins Jahr 1996 im System erfasst sind, kann die Historie zu einem Thema einfacher recherchiert werden. Anträge oder Stellungnahmen fangen somit nicht immer wieder bei Null an.“ Auch Kreisrätin Margit Menrad ist der Ansicht, dass sich die Ratsarbeit – von der Sitzungsvorbereitung über den Ablauf bis hin zur Archivierung – nun besser strukturieren lässt und damit wesentlich übersichtlicher ist als früher.

Beide Kreisräte betonen zudem die Vorteile eines konsequent papierlosen Arbeitens, indem alle Unterlagen auf ein Notebook übertragen werden. „Alles ist nun überall einsehbar. Früher war man immer vom wohlgepflegten Ordner im Arbeitszimmer abhängig“, so Klaus Koch. „Da die Sitzungsunterlagen immer umfangreicher werden, wäre die Vorbereitung in Papierform kaum mehr zu bewältigen“, ergänzt Margit Menrad. Jedem Mitglied des Kreistages von Bad Tölz-Wolfratshausen steht es frei, bei den Sitzungen das eigene Notebook oder auch einen Tablet-PC zu verwenden. Wer in den Sitzungen online arbeitet, kann beispielsweise live recherchieren oder direkt aus dem Ratsinformationssystem heraus E-Mails an Fraktionskollegen verschicken. Nach Angaben von Margit Menrad, die auch Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Icking ist, nutzen insbesondere diejenigen Gemeinderatsmitglieder, die beruflich viel unterwegs sind die Möglichkeit, per Laptop auf das RIS zuzugreifen.

Kreis Harburg: Papierlos in die zweite Wahlperiode

Im Kreis Harburg, der Stadt Winsen sowie den Gemeinden Seevetal und Neu Wulmstorf wurde in der aktuellen Wahlperiode 2006 bis 2011 ebenfalls das Drucksacheverfahren abgeschafft. An dessen Stelle sind webbasierte Kreistags- und Ratsinformationssysteme sowie von den Kommunen bereitgestellte Notebooks getreten. Die beteiligten Verwaltungen setzen ein identisches System für die virtuelle Ratsarbeit ein, die Umsetzung erfolgt hingegen individuell, wobei Betrieb und Hosting wiederum überwiegend interkommunal organisiert werden. Das Konzept hierfür haben die Kommunen gemeinschaftlich entwickelt und umgesetzt. Dem Projekt hat sich mit der Samtgemeinde Hollenstedt vor Kurzem eine weitere Kommune im Kreisgebiet angeschlossen.

Anlässlich der am 11. September 2011 anstehenden Kommunalwahlen wurde nach rund vier Jahren Praxis eine Zwischenbilanz der virtuellen Ratsarbeit gezogen. Partho Banerjea, Mitglied der E-Government-Geschäftsstelle im Landkreis Harburg sowie Gemeinderat in Jork, sagt: „Der Erfolg des Konzeptes liegt darin begründet, dass die Mandatsträger mit dem Kreistags- und den Ratsportalen über ein leistungsfähiges Werkzeug verfügen, mit dem sich die ehrenamtliche Tätigkeit spürbar einfacher und bei der Recherche deutlich weniger zeitintensiv gestaltet.“ Vorteile und positive wirtschaftliche Effekte machten sich auch bei den Kreistags- und Ratsbüros der beteiligten Kommunen bemerkbar, da nun eine Reihe von Arbeitsschritten, wie etwa das aufwändige Aufbereiten von Kopiervorlagen für Sitzungs- und Beratungsunterlagen, entfallen könnte.

Die Kommunen haben daher beschlossen, auch in der kommenden Wahlperiode bis 2016 mit den webbasierten Ratsportalen zu arbeiten. Nach gegenwärtigem Planungsstand werden mit Beginn der neuen Wahlperiode politische Gremien von 7 der 13 Gebietskörperschaften im Kreis Harburg die Ratsarbeit mithilfe webbasierter Portale gestalten. Nach Angaben von Partho Banerjea besteht zudem in weiteren Kommunen die Absicht, das bestehende Drucksacheverfahren abzuschaffen. Die Entscheidung dazu sollen die neu gewählten Räte treffen.

Abkehr von Bewährtem – nicht immer leicht

Aber nicht in jeder Kommune sind die Ratsmitglieder bereit, von bekannten und bewährten Verfahrensweisen abzuweichen. So berichtet die Gemeinde Neuenhagen bei Berlin zwar von positiven Erfahrungen mit ihrem Ratsinformationssystem, insbesondere was die interne Arbeit betrifft: So können Beschlussvorlagen nun quasi papierlos erstellt und von den Fachbereichsleitern abgezeichnet werden. Allerdings gibt die Gemeinde zu: „Die papierlose Beschlussfassung hat bei den Gemeindevertretern bislang wenig Akzeptanz gefunden. Diese fordern nach wie vor alle Beschlüsse und Anlagen in Papierform, sodass der von uns gewünschte Spareffekt, den wir mit der Einführung des RIS im Auge hatten, bislang ausblieb.“

Auch in der Stadt Buxtehude, welche derzeit ein Konzept für die Einführung eines Ratsinformationssystems erarbeitet, spielt das papierlose Arbeiten vorerst keine Rolle. „Sitzungen der politischen Gremien ausschließlich mit Laptop – verbunden mit dem vollständigen Verzicht auf Papierunterlagen – sind aus unserer Sicht derzeit eher ein hehres Ziel denn Realität“, erklärt Ralf Dessel, Fachbereichsleiter Steuerungsdienst, interner Service und allgemeiner Bürgerservice bei der niedersächsischen Kommune. Zudem stelle sich bei einer Ausstattung der Ratsmitglieder mit Laptop auch die Frage der Wartung und der Systempflege, welche mit nicht unerheblichem Aufwand und Kosten verbunden sein dürften.

Region Hannover: Kosten senken

In der Region Hannover führten dagegen gerade Überlegungen zu Kostensenkungen zu einer weiteren Virtualisierung der Ratsarbeit: Denn allein die Papier- und Druckkosten für den Sitzungsablauf beliefen sich hier auf jährlich rund 43.000 Euro. Da das seit Mitte 2004 genutzte Sitzungsprogramm die Anforderungen der Benutzer nicht mehr erfüllte, entschied sich die Region Anfang April 2010 für die Lösung ALLRIS von CC e-gov. Die Einführung konnte innerhalb von knapp einem halben Jahr abgeschlossen werden.

Nach dem Start der neuen Sitzungsperiode im Herbst 2011 sollen Dokumente wie Einladungen zu Sitzungen und Sitzungsunterlagen ausschließlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden. Der Erhalt von Papierunterlagen ist dann nur noch auf Anfrage möglich. Die Umstellung werde wohl ihre Zeit brauchen, meint Hauke Jagau, Präsident der Region Hannover: „Zum einen ist es Gewöhnungssache mit Laptop oder iPad in die Sitzungen zu gehen. Zum anderen sind zurzeit noch nicht alle mit einem entsprechenden Gerät ausgestattet.“ Auch unter Umweltgesichtspunkten sollte es auf mittlere Sicht das Ziel sein, Papierdrucksachen auf ein Minimum zu reduzieren.

Der Einsatz des elektronischen Workflows hat zudem die Schwächen der bisherigen Prozessabläufe für die Vorgangenerstellung aufgezeigt. „Wir haben die Abläufe und Beteiligungsverfahren daher neu strukturiert“, erklärt Hauke Jagau. Nun ist jederzeit erkennbar, wo sich eine Vorlage in welchem Bearbeitungszustand befindet. Auch ein paralleles Arbeiten unterschiedlicher Fachabteilungen kann damit transparent durchgeführt werden. „Das ist auch für mich zentral“, so Jagau, „denn ich war bislang der Letzte in einer Kette von Verantwortlichen, die eine Drucksache zu Gesicht bekommen haben – meistens kurz bevor die Unterlagen gedruckt werden sollten. Dann war es mühsam, die Inhalte noch einmal zu diskutieren. Die neue Lösung bietet den Vorteil, dass ich frühzeitig Einblick gewinnen kann und jede Veränderung nachvollziehbar ist.“

Ratsarbeit transparenter gestalten

Einen besseren Einblick in die Arbeit der gewählten Gremienmitglieder bieten Ratsinformationssysteme auch den Bürgern. Andreas Breitner, Bürgermeister der Stadt Rendsburg, und Bürgervorsteherin Karin Wiemer-Hinz meinen: „Für viele Bürger stellt sich die Kommunalpolitik als eine Art geschlossene Gesellschaft dar. Durch ein Ratsinformationssystem wird unsere politische Arbeit transparenter und bürgernäher.“ Die schleswig-holsteinische Stadt hat im Sommer 2009 als erste Kommune in der Region ein RIS eingeführt und nutzt hierfür die Open-Source-basierte Lösung OpenPlenum. Bürgermeister Andreas Breitner: „Damit ist die Stadt Rendsburg in der Lage, Bürger, Politik und Verwaltungsmitarbeiter zeitnah, aktuell, umfassend und übersichtlich papierlos zu informieren.“

Für die Gemeinde Vettweiß im nordrhein-westfälischen Kreis Düren war die Möglichkeit, Bürger umfassend

und transparent auf dem Laufenden zu halten sogar der ausschlaggebende Grund für die Einführung eines RIS – ob das System am Ende eine Erleichterung für die Ratsarbeit bringe, sei weniger von Belang gewesen, so Fachbereichsleiter Albert Müller. „Wie bei allen digitalisierten Vorgängen ist durch das RIS aber eine Erleichterung erkennbar. Die Vereinfachung bei der Erstellung von Gremienunterlagen und das sichere und schnelle Auffinden von Vorgängen bringen einen Zeitgewinn, die zentrale Aufbewahrung der Daten eine gewisse Sicherheit“, meint Müller. Die bisherigen Erfahrungen mit der Lösung der Firma Sternberg seien durchweg positiv. Dies habe in Vettweiß folgerichtig zum nächsten Schritt geführt: Seit Kurzem stehe den Gremienmitgliedern zur Unterstützung der persönlichen Ratsarbeit nun auch das Tool SD.NET RICH des Anbieters zur Verfügung. Von 36 Gremienmitgliedern haben sich nach Angaben von Albert Müller 23 für den papierlosen Sitzungsdienst entschieden – für 16 Mitglieder wird ein Notebook von der Gemeinde zur Verfügung gestellt, 7 nutzen hierfür das eigene Gerät.

Den partizipativen Gedanken stärken

„Es findet in der Tat eine Virtualisierung der Rats- und Fraktionsarbeit statt“, meint Partho Banerjea, Mitglied des Rates der Gemeinde Jork. „Im Lauf der vergangenen anderthalb Jahre haben fast alle 29 Ratsmitglieder von Jork auf das Drucksacheverfahren verzichtet und beziehen keine papierbasierten Sitzungsunterlagen mehr“, so Banerjea. Sein Fazit: „Eine Ratsarbeit ohne dieses internetbasierte Werkzeug ist nicht mehr vorstellbar.“ In Zukunft werde es nun darauf ankommen, den partizipativen Gedanken von Ratsinformationssystemen zu vertiefen und neben einem deutlich verbesserten Informationsangebot auch die Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Kommunalpolitik sowie innerhalb der Verwaltung zu intensivieren. Banerjea: „Diese Zielsetzung lässt sich mit einem klassischen, papiergebundenen Drucksacheverfahren definitiv nicht erreichen.“ (bs)